

Geschäftsführung:  
Fachdienst Finanzen, Steuern und Beteiligungen

## **NIEDERSCHRIFT**

**über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Beteiligungen,  
Finanzentwicklung und Verwaltungsmodernisierung der Stadt Lüdenscheid**

**am 13.01.2022**

**im Ratssaal**

### **Anwesend:**

#### **Vorsitz:**

Ratsherr Christoph Weiland CDU

#### **Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:**

Ratsfrau Julia Decker	Bündnis 90 / Die Grünen	Vertretung für Ratsfrau Bartocha
Ratsherr Oliver Fröhling	CDU	
Ratsherr Daniel Kahler	CDU	anwesend ab 17:08 Uhr
Ratsherr Steffen Kriegel	SPD	
Ratsherr Thomas Kruber	SPD	
Ratsfrau Ramona Ullrich	SPD	
Ratsherr Jens Voß	SPD	
Erster Stellvertretender Bürgermeister Björn Weiß	CDU	
Herr Fabian Ferber	SPD	
Herr Frank Tielke	DIE LINKE.	
Herr Florian Wüllner	FDP	

#### **Gäste:**

Herr Jörg Marré	EGC	anwesend bis 17:33 Uhr
Herr Phil Weiland		anwesend bis zum Ende der öffentlichen Sitzung

#### **Verwaltung:**

Erster Beigeordneter Fabian Kessler

Beigeordneter und Stadtkämmerer  
Sven Haarhaus  
Herr Stefan Frenz

anwesend bis zum Ende der öf-  
fentlichen Sitzung

Frau Martina Pabst  
Frau Sandra Breitschwerdt  
Frau Anika Schütte

anwesend von 17:16 Uhr bis  
17:54 Uhr

#### **Schriftführung:**

Frau Juliane Lex

## **Abwesend:**

### **Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:**

Ratsfrau Ilona Bartocha

Bündnis 90 /

Die Grünen

Ratsfrau Ursula Meyer

CDU

### **Beratende Mitglieder Integrationsrat**

Herr Konstantinos Titokis

Internationale Liste

der SPD

Beginn: 17:07 Uhr

Ende: 18:01 Uhr

Der Vorsitzende, Ratsherr Weiland, eröffnet die heutige öffentliche Sitzung des Ausschusses für Beteiligungen, Finanzentwicklung und Verwaltungsmodernisierung (BFV), zu der form- und fristgerecht mit Schreiben vom 06.01.2022 eingeladen wurde. Zur Tagesordnung haben sich keine Änderungen oder Ergänzungen ergeben. Der Ausschussvorsitzende teilt mit, dass sich Ratsherr Kahler geringfügig verspätet.

### **1. Öffentliche Fragestunde**

---

Es liegen keine schriftlichen Anfragen aus der Bürgerschaft vor. Auch mündliche Anfragen werden nicht gestellt.

### **2. Berichts- und Beschlusskontrolle**

---

Ausschussvorsitzender Weiland erläutert, dass der aktuelle Stand der laufenden Aufträge und Anfragen aus der Anlage zu diesem Tagesordnungspunkt ersichtlich ist. Der Antrag bzgl. der Finanzierung des Ausbaus von Kinderbetreuungsplätzen vom 30.05.2021 befände sich demnach noch in der Bearbeitung. Zu den beiden Anfragen bzgl. der Bürgeramtsleistungen vom 10.06.2021 enthielte die Berichtsvorlage 335/2021 unter TOP 5 einen Zwischenstand. Des Weiteren kündigt er an, dass unter TOP 3 der heutigen Sitzung anknüpfend an die Anfrage aus der Ratssitzung vom 04.10.2021 die Berichterstattung zum Entwicklungs- und GründerCentrum durch die Geschäftsführung erfolge. Anmerkungen oder Fragen zur Berichts- und Beschlusskontrolle ergeben sich anschließend nicht.

### **3. Vorstellung des Entwicklungs- und GründerCentrums (Bericht der Geschäftsführung)**

---

Ausschussvorsitzender Weiland übergibt das Wort an Herrn Jörg Marré (Geschäftsführung), welcher einen Überblick über das Entwicklungs- und Gründercentrum (EGC) gibt und dabei auf Historie und Zweck des Unternehmens, die derzeitige Geschäftssituation und auf die aktuellen wesentlichen Projekte eingeht (die Präsentation ist dieser Niederschrift beigelegt).

Konkret vorgestellt werden

- die „innovation factory“ als Wettbewerbsbeitrag des EGC im Rahmen der Regionale 2025 zur Schaffung eines Gründerökosystems (vgl. hierzu auch den Sachstandsbericht zu den Antragsstellungen der EGC-GmbH zur Regionale 2025 in der Sitzung des BFV vom 10.06.2021, Sitzungsdrucksache 140/2021) sowie
- die Aktivitäten des EGC im Bereich Nachhaltigkeit und Klimaschutz (Abschluss eines Pachtvertrags für eine in diesem Bereich bislang einmaligen Photovoltaik-Anlage auf dem Dach eines Objektes und Einrichtung von Ladesäulen für E-Fahrzeuge).

Überdies nimmt Herr Marré Bezug auf die sich aus der Corona-Pandemie ergebenden Auswirkungen und Herausforderungen für das EGC (insbesondere die zwischenzeitliche starke Einschränkung des Seminar- und Konferenzwesens als zweitgrößtem Unternehmenszweig, den Umgang mit pandemiebedingten Schwierigkeiten einzelner Mieter und die zu konstatierende Zurückhaltung potenzieller Gründer). Weiter führt er die sich aus der seit Dezember 2021 im Bereich Lüdenscheid bestehenden langfristigen Vollsperrung der Autobahn A45 ergebenden möglichen negativen Auswirkungen an. Neben Tendenzen zur Verlagerung von Veranstaltungen des bereits von den Auswirkungen der Pandemie betroffenen Felds des Seminar- und Konferenzwesens an andere Standorte bestünden Risiken der Abwanderung bestehender Unternehmen und ausbleibender Neuansiedlungen am Wirtschaftsstandort Lüdenscheid. Er betont in seinem Vortrag die angesichts der beiden vorgenannten Herausforderungen noch gesteigerte Notwendigkeit, attraktive Angebote für bestehende und potenzielle Unternehmen zu erhalten und zu schaffen.

Anschließend bedankt sich Ausschussvorsitzender Weiland für den Vortrag. Im Folgenden fragt Ratsherr Voß, wie sich die unter Begleitung des EGC erfolgten Neugründungen in den letzten Jahren entwickelt haben. Herr Marré weist darauf hin, dass es in 2021 tatsächlich keine Neugründungen gegeben habe, obgleich Beratungen durch das EGC in nicht unerheblichem Maße erfolgt seien. Dies habe allerdings nicht an fehlender Nachfrage gelegen, sondern sei zumeist auf sich insbesondere aus den oben bereits dargestellten Negativeffekten ergebende Unsicherheiten bei den potenziellen Gründern zurückzuführen. In Bezug auf die Jahre vor 2020 hätte es ca. drei bis vier Neugründungen pro Jahr gegeben. Von diesen Unternehmen befänden sich einige nach wie vor in den Räumlichkeiten des EGC, einige hätten die Unternehmertätigkeit zwischenzeitlich wieder eingestellt und das EGC verlassen. Beispielfhaft führt Herr Marré jedoch auch den aktuellen und ganz den Zielsetzungen des EGC entsprechenden Fall eines Unternehmens an, welches sich seit dem Jahr 2014 im EGC befände, sich seitdem fortlaufend erweitert habe und das EGC nun verlasse, um sich weiter zu vergrößern.

Im Folgenden bezieht sich Herr Ferber auf die Ausführungen von Herrn Marré zur A45-Problematik und regt dazu an, den Fokus auch angesichts der sich daraus für die Arbeit und Zielsetzungen des EGC ergebenden Schwierigkeiten auf positive Anreize für die Wahl des Standorts Lüdenscheid (wie das im Vortrag genannten neue Konzept zur Gründerförderung im Rahmen der Regionale 2025) zu legen. Des Weiteren fragt Herr Ferber nach der durchschnittlichen Dauer der Mietverhältnisse und speziell nach langjährigen Mietverhältnissen im Zusammenhang zur Ausrichtung des EGC auf die im Allgemeinen zeitlich begrenzte Begleitung von Unternehmensgründungen. Herr Marré führt aus, dass die angesiedelten Institute zur Technologie-Förderung (Institut für Umformtechnik, Kunststoffinstitut) seit der Gründung des EGC im Jahr 1988 ansässig seien, es aber auch in anderen Bereichen langjährige Mietverhältnisse gäbe und betont deren Relevanz zur Sicherung der Grundauslastung und wirtschaftlichen Basis des EGC. Jungen Unternehmen würden grundsätzlich Verträge über zunächst ein Jahr mit einseitiger Verlängerungsoption angeboten, um diesen Planungssicherheit, aber auch die benötigte Flexibilität einzuräumen.

Ausschussvorsitzender Weiland bedankt sich im Anschluss erneut für den Vortrag und betont die besondere Relevanz des Projekts der „innovation factory“ für die Aufstellung und Ressourcenausstattung der Entwicklungs- und Gründungsberatung, die Vorbildfunktion der Errichtung der Photovoltaikanlage und der E-Ladesäulen für den öffentlichen Bereich sowie das Engagement der beiden Geschäftsführer der EGC GmbH im Allgemeinen.

#### **4. Digitalisierung von Schulen** **Vorlage: 270/2021**

---

Der Ausschuss für Beteiligungen, Finanzentwicklung und Verwaltungsmodernisierung fasst einstimmig folgenden

##### **Beschluss:**

Die Vorgehensweise der Verwaltung zur Digitalisierung von Schulen wird zur Kenntnis genommen.

##### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 12

Im Anschluss an die Abstimmung hebt Ausschussvorsitzender Weiland die in der Vorlage thematisierte erste Kostenschätzung von 25.000 € für die geplante Erstellung eines Medienentwicklungsplans durch ein externes Beratungsunternehmen hervor. Die voraussichtlichen Kosten halte er für Beratungsleistungen dieser Art für vergleichsweise gering. Überdies sei diese geplante Inanspruchnahme zusätzlicher Ressourcen ergänzend zum Know-how aus der Verwaltung insbesondere beim Themenfeld Bildung und Digitalisierung dringend geboten.

#### **5. Abholstation für Dokumente im Bürgeramt und Inanspruchnahme digitaler und analoger Leistungen des Bürgeramtes sowie darüber hinaus** **Vorlage: 335/2021**

---

Ratsherr Kahler bedankt sich für die umfangreiche Ausarbeitung zum seitens der CDU-Fraktion gestellten Antrag. Weiterhin bezieht er sich auf die in der Vorlage angeführten geschätzten Kosten für die Einrichtung einer Abholstation für Dokumente, welche in der Presseberichterstattung als relativ hoch bezeichnet worden seien. Ratsherr Kahler teile diese Einschätzung nicht und erläutert den aus seiner Sicht großen Mehrwert einer solchen Abholstation am Beispiel eines Arbeitnehmers, welcher durch deren Installation für die Beschaffung eines neuen Personalausweises lediglich einmal anstatt zweimal zu den sich regelmäßig mit den Arbeitszeiten der Bürger(innen) überschneidenden Öffnungszeiten im Rathaus vorstellig werden müsste. Abschließend spricht er sich auch in Anbetracht der entstehenden Kosten nochmals für die Einrichtung dieses Service aus.

Der Ausschuss für Beteiligungen, Finanzentwicklung und Verwaltungsmodernisierung fasst anschließend einstimmig den folgenden

##### **Beschluss:**

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

##### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 12

Ausschussvorsitzender Weiland lobt im Nachgang zur Abstimmung die Vorgehensweise der Verwaltung, welche für eine potenzielle Einrichtung der Abholstation bereits vorsorglich Mittel im Haushaltsplan 2022 vorgesehen hat.

**6. Beteiligungsbericht 2020**  
**Vorlage: 316/2021**

---

Ausschussvorsitzender Weiland weist darauf hin, dass an der Anlage zum TOP zu Beginn der Woche redaktionelle Überarbeitungen vorgenommen wurden. Die überarbeitete Version sei am 11.01.2022 in das Ratsinformationssystem eingestellt und alle Ausschussmitglieder per Mail hierüber informiert worden. Die überarbeiteten Seiten des Berichts seien zusätzlich vor der Sitzung als Tischvorlage an die Mitglieder des BFV verteilt worden, die nicht an der digitalen Ratsarbeit teilnehmen.

Anschließend fasst der Ausschuss für Beteiligungen, Finanzentwicklung und Verwaltungsmodernisierung einstimmig folgenden

**Beschluss:**

Der Beteiligungsbericht 2020 wird zur Kenntnis genommen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 12

**7. Umstrukturierung der Beteiligungsverwaltung**  
**Vorlage: 329/2021**

---

Ausschussvorsitzender Weiland hebt die in der Vorlage genannte perspektivische Erarbeitung eines Public Corporate Governance Kodex für die Stadt Lüdenscheid und ihre Gesellschaften hervor und begrüßt ausdrücklich die Bestrebung der Verwaltung, diesen Entwicklungsschritt in die avisierte Umgestaltung der Beteiligungsverwaltung einzubeziehen.

Der Ausschuss für Beteiligungen, Finanzentwicklung und Verwaltungsmodernisierung fasst anschließend einstimmig folgenden

**Beschluss:**

Der vorgeschlagenen Vorgehensweise der Beteiligungsverwaltung wird zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 12

**8. Längerfristige Geldanlagen aus den Sonderrücklagen für den Neubau der Feuer- und Rettungswache**  
**Vorlage: 336/2021**

---

Der Ausschuss für Beteiligungen, Finanzentwicklung und Verwaltungsmodernisierung empfiehlt einstimmig folgenden

### **Beschluss:**

Die Verwaltung wird ermächtigt, Teilbeträge der Sonderrücklagen Neubau Feuerwehr maximal bis zu der in der Begründung aufgeführten jeweiligen Höhe über Laufzeiten von drei Jahren und mehr anzulegen. Diese Anlagen erfolgen in Orientierung an der Mittelbedarfsplanung der baulichen Maßnahme und vorbehaltlich der Erzielung als wirtschaftlich eingeschätzter Konditionen nach Maßgabe der in der Begründung ausgeführten Erwägungen.

Des Weiteren wird die Verwaltung beauftragt, im Laufe des Jahres 2022 über erfolgte bzw. nicht erfolgte Geschäftsabschlüsse zu berichten.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 12

## **9. Antrag der CDU-Fraktion vom 22.11.2021; Zukünftige Gestaltung des Haushaltsplans**

---

Ausschussvorsitzender Weiland übergibt eingangs das Wort an Stadtkämmerer Sven Haarhaus.

Dieser nimmt zunächst Bezug auf Punkt a) des Antrags, welcher für die Zukunft die Aufstellung eines digitalen und interaktiven städtischen Haushalts vorsieht. Eine solche am Beispiel der Stadt Hattingen ersichtliche Anwendung, mithilfe derer sich im Internet durch digital verfügbare und in verschiedene Ebenen und Bereiche gegliederte Informationen rund um den städtischen Haushalt „durchgeklickt“ werden kann, funktioniert nur mittels einer zusätzlichen Softwareunterstützung. Diese sei als Modul „Interaktiver Haushalt“ für den Bürgerservice zudem nur in Kombination mit der Beschaffung einer entsprechenden Basissoftware für das städtische interne und externe Berichtswesen verfügbar. Eine solche Software-Lösung könne die derzeitige fachdienstübergreifende Übermittlung von Planansätzen und Ausführungsmeldungen mittels Excel-Dateien als manuelles und damit fehleranfälliges Verfahren ablösen, verfüge überdies über entsprechende Schnittstellen zur städtischen Finanzsoftware und sei daher auch aus Verwaltungssicht anzustreben. Herr Haarhaus führt aus, dass die Verwaltung in diesem Zusammenhang bereits an einem Arbeitskreis der Südwestfalen-IT zur strategischen Auswahl einer einschlägigen Software mitgewirkt habe und auf Basis dieser eingehenden Auseinandersetzung mit der Thematik auch bereits ungefähre Kostengrößen bekannt seien. Für das im ersten Schritt benötigte Basismodul wären demnach ca. 10.000 € bis 12.000 € und für das Zusatzmodul (welches neben dem interaktiven Haushalt noch weitere Funktionen beinhalten würde) weitere 2.000 € bis 3.000 € an laufenden jährlichen Kosten zu berücksichtigen. Herr Haarhaus sagt eine weitere Berichterstattung zu, sobald die verwaltungsinterne Bearbeitung weiter fortgeschritten ist.

Im Anschluss erkundigt sich Ratsherr Fröhling, ob neben den von Herrn Haarhaus genannten laufenden Kosten noch weitere Kosten, wie etwa ein anfänglicher Kaufpreis, zu entrichten wären. Herr Haarhaus verweist auf die allgemein übliche Erhebung von Einführungskosten, welche für die genannte Basissoftware einmalig in Höhe von ca. 15.000 € bis 17.000 € zu entrichten wären.

Anschließend regt Ratsherr Voß bei grundsätzlicher Unterstützung des Antragsinhalts eine entsprechende Umformulierung des ersten Satzes des Antrags an. Da nach dem zuvor kommunizierten aktuellem Stand nicht gewährleistet werden könne, dass die Aufstellung

eines interaktiven Haushalts bereits für das Planjahr 2023 möglich ist, solle dieses Kriterium an den Zeitpunkt geknüpft werden, zu dem die Verwaltung dazu technisch in der Lage ist. Ausschussvorsitzender Weiland schlägt daraufhin vor, den Punkt a) des Antrages ohne zeitlichen Bezug und wie folgt zu fassen:

*Die Verwaltung wird beauftragt, die Einführung eines interaktiven Haushalts zu prüfen (siehe Anlage - Beispiel der Stadt Hattingen).*

Seitens der Ausschussmitglieder werden keine Einwände gegen die Änderung erhoben.

Bezüglich des Punktes b) des Antrags sagt Herr Haarhaus im Folgenden die gewünschte Berücksichtigung der NKF-Kennzahlen im Vorbericht zum Haushaltsplan (analog zur bestehenden Vorgehensweise in den Jahresabschlüssen) zu. Hinsichtlich des Punktes c) weist er hingegen auf weitergehenden Abstimmungsbedarf hin, da es sich bei der Definition steuerungsrelevanter Kennzahlen für die städtischen Produkte sicherlich um strategische Festlegungen handele, welche eine Einbindung der Politik erforderten. Zwecks der Erarbeitung geeigneter Kennzahlen regt er die Bildung eines entsprechenden Arbeitskreises – möglicherweise als Untergremium zum BFV – an. Zu Punkt d) schlägt Herr Haarhaus als einen ersten Schritt vor, hinsichtlich der internen Leistungsverrechnungen in einer der nächsten Sitzungen des BFV verwaltungsseitig mehr Transparenz zu schaffen, indem die auf die städtischen Produkte umgelegten Kosten anhand einiger Beispiele aufgegliedert werden.

Der Ausschussvorsitzende konstatiert im Anschluss, dass die Umwandlung in Prüfaufträge somit auch hinsichtlich der Punkte c) und d) geboten ist und stellt den Antrag in entsprechend geänderter Form zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Beteiligungen, Finanzentwicklung und Verwaltungsmodernisierung fasst daraufhin einstimmig folgenden

#### **abweichenden Beschluss:**

Die Verwaltung wird im Hinblick auf künftige Haushaltsplanaufstellungen beauftragt,

- a) die Einführung eines digitalen und interaktiven Haushalts zu prüfen (siehe Anlage - Beispiel der Stadt Hattingen).
- b) die NKF-Kennzahlen (Steuerquote in %, Zuwendungsquote in %, Aufwandsdeckungsgrad in %, Personalintensität in % etc.) zu berücksichtigen.
- c) die Einführung von Leistungskennzahlen für Produkte - nur dort wo es sinnvoll und angebracht ist - unter strategischer Einbindung zu prüfen und voranzutreiben.
- d) eine deutlichere Herausstellung von Aufwendungen und Erträgen gegenüber den internen Leistungsverrechnungen zu prüfen.

Die konkrete Ausgestaltung künftiger Haushaltspläne wird vom Ausschuss für Beteiligungen, Verwaltungsmodernisierung und Finanzentwicklung begleitet.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 12

### **10. Haushaltsplan 2022 - Änderungsliste der dem Ausschuss für Beteiligungen, Finanzentwicklung und Verwaltungsmodernisierung zugeordneten Produkte**

---

Ausschussvorsitzender Weiland nimmt Bezug auf die dem Tagesordnungspunkt beiliegende Gesamtübersicht der Änderungslisten zum Haushaltsplan 2022, in welcher die Auswirkun-

gen der bereits im Jugendhilfeausschuss diskutierten avisierten Entlastungen im Bereich der städtischen Kita-Beiträge auf die geplanten Jahresergebnisse 2022 ff. enthalten sind. Er weist darauf hin, dass zu der Thematik ein entsprechender interfraktioneller Antrag folgen wird.

Der Ausschuss für Beteiligungen, Finanzentwicklung und Verwaltungsmodernisierung fasst anschließend einstimmig folgenden

### **Beschluss:**

Den Haushaltsansätzen 2022 inkl. der vorliegenden Änderungslisten der dem Ausschuss für Beteiligungen, Finanzentwicklung und Verwaltungsmodernisierung zugeordneten Produkte wird zugestimmt.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 12

## **11. Bericht zur haushaltswirtschaftlichen Lage**

---

Ausschussvorsitzender Weiland übergibt das Wort an Stadtkämmerer Sven Haarhaus, welcher anknüpfend an die als Anlage zur Niederschrift zur Ratssitzung vom 04.10.2021 beigefügte schriftliche Information zur haushaltswirtschaftlichen Lage sowie im Vorgriff auf die angekündigte schriftliche Berichterstattung in der Ratssitzung am 07.02.2022 den nachfolgenden aktuellen Überblick gibt:

- Wie bereits im Oktober avisiert, wird das Jahresergebnis 2021 gegenüber der ursprünglichen Planung (Defizit von 14 Mio. € ohne Berücksichtigung der Corona-Isolierungen) deutlich besser ausfallen.
- Nennenswerte Verbesserungen ergeben sich insbesondere bezüglich der Erträge aus Gewerbe-, Einkommen- und Umsatzsteuer. Bezüglich der Gewerbesteuererlöse ist hervorzuheben, dass das voraussichtliche Ergebnis 2021 den ohne die krisenbedingten Veränderungen zu berücksichtigenden Planansatz für das Jahr 2021 leicht übertrifft. Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer hat sich gegenüber dem coronabedingt reduzierten Planansatz 2021 verbessert, liegt jedoch nach wie vor unter dem Vorkrisenniveau.
- Die genannten Verbesserungen werden allerdings teilweise durch entsprechend geringere Erträge aus der Isolierung coronabedingter Haushaltsbelastungen neutralisiert. Insgesamt kann für das Jahr 2021 mit einem ausgeglichenen Ergebnishaushalt gerechnet werden.
- Die skizzierte Haushaltsslage spiegelt sich auch in der in 2021 gegenüber den Vorjahren weiter verbesserten städtischen Liquiditätsslage wider, welche in der heutigen Sitzung bereits Gegenstand der Beschlussvorlage unter TOP 8 war. Auf den städtischen Konten sind aktuell Guthaben von insgesamt über 60 Mio. € zu verzeichnen.
- Deutliche Planabweichungen ergaben sich in 2021 wie auch in Vorjahren bezüglich der Abwicklung der städtischen Investitionen. Von rund 46 Mio. € an investiven Auszahlungsermächtigungen im Haushalt 2021 wurden lediglich ca. 17 Mio. € tatsächlich verausgabt. Der schleppende Mittelabfluss wirkt sich zwar positiv auf die bereits thematisierte städtische Liquiditätsslage aus, wird sich jedoch auch im kommenden Jahresabschluss in Form von Ermächtigungsübertragungen beträchtlichen Umfangs niederschlagen.

Im Anschluss bedankt sich der Ausschussvorsitzende für die Berichterstattung.



## **12. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen**

---

Es liegen keine Bekanntgaben, Beantwortungen von Anfragen und Anfragen vor.

Zum Ende der öffentlichen Tagesordnung weist der Vorsitzende darauf hin, dass bislang keine Tagesordnungspunkte für eine nichtöffentliche Sitzung vorliegen und befragt anschließend die Ausschussmitglieder, ob Bedarf an einer nichtöffentlichen Sitzung bestehe. Rats herr Voß kündigt eine Anfrage für den nichtöffentlichen Teil an. Daraufhin beendet Ausschussvorsitzender Weiland den öffentlichen Teil der Sitzung und bittet die Besucher, den Raum für den nichtöffentlichen Teil der Sitzung zu verlassen.

*gez. Weiland*

Christoph Weiland  
Vorsitzender

*gez. Juliane Lex*

Juliane Lex  
Protokollführerin